



Auskunft erteilt:	Frau Lothschütz	Amt/EB:	31-Ordnungsamt
Tel.:	0261 129 4675	e-mail:	elena.lothschuetz@stadt.koblenz.de
Koblenz,	18.03.2024		

## Niederschrift Nr.

über die Sitzung des Fachausschusses der Ämter 31 (Ordnungsamt) und 37 (Amt für Brand- und Katastrophenschutz) vom 13.03.2024

### Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums Frau Ulrike Mohrs,	Stv. Ratsfraktion FW Frau Julia Maria Kübler,
Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Gordon Gniewosz, Herr Christoph Rauland, Herr Patrick Zwiernik,	Ratsfraktion AfD Herr Karl-Ludwig Weber,
Stv. Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Frau Ute Görgen, c/o Fraktion Grüne	Vorsitzende/r Ratsfraktion WGS Herr Torsten Schupp,
Ratsfraktion SPD Herr Manfred Bastian, Herr Toni Bündgen, Herr Fritz Naumann, Herr Thorsten Schneider,	Ratsfraktion Die LINKE-PARTEI Herr Kevin Wilhelm,
Ratsfraktion CDU Herr Andreas Biebricher, Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer,	Ratsfraktion FDP Herr Arnold Thieltges,
Stv. Ratsfraktion CDU Herr Stephan Otto,	<b>Nicht anwesend sind:</b>
Ratsfraktion FW Herr Christian Altmaier,	Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen Herr Christopher Bündgen,
	Ratsfraktion CDU Herr Ernst Knopp,
	Ratsfraktion FW Herr Christian Tetzner,

### Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

Punkt 1:	Bericht über die Maßnahmen gegen Vandalismus
	Vorlage: UV/0052/2024
Punkt 2:	Bericht über das Integrationskonzept
	Vorlage: UV/0050/2024



- Punkt 3: Indienststellung der Facheinheit Führungsunterstützung bei der freiwilligen Feuerwehr  
Vorlage: UV/0319/2023
- Punkt 4: Ausbau des Sirenenwarnnetzes im Stadtgebiet Koblenz mit Fördermittel des Landes  
Vorlage: UV/0006/2024
- Punkt 5: Unterrichtung über die Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2023  
Vorlage: UV/0032/2024
- Punkt 6: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Änderung der Marktsatzung  
Vorlage: AT/0093/2023
- Punkt 7: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Vortrag Integrierten Leitstelle  
Vorlage: AT/0126/2023
- Punkt 8: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Taxi- und Funkmietwagen in Koblenz  
Vorlage: AT/0018/2024
- Punkt 9: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Ausländerbehörde Koblenz  
Vorlage: AT/0019/2024
- Punkt 10: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Sachstandsbericht Asylbewerberheim Rheinanlagen  
Vorlage: AT/0020/2024
- Punkt 11: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Bericht zu Wahlvorbereitungen  
Vorlage: AT/0023/2024
- Punkt 12: Verschiedenes

<b>Punkt 1: Bericht über die Maßnahmen gegen Vandalismus</b> <b>Vorlage: UV/0052/2024</b>
--

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen
- weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt
- einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

### **Beschluss:**

Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

### **Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs informiert umfassend über die Unterrichtungsvorlage und betont, dass die Verbundstrategie von Polizei und Ordnungsamt Erfolge zu Tage fördern. Die Situation an Karneval in Rübenach sei durch die starke Präsenz des Ordnungsamtes und das große Polizeiaufgebot friedlich verlaufen.

Die CDU-Fraktion bittet um weitere Ausführungen der Unterrichtungsvorlage bzw. darüber, welche Kontrollen durchgeführt wurden und ob diese anlassbezogen waren. Außerdem wird um kurze

Antwort über die Art der ermittelten Vergehen (Ordnungswidrigkeiten oder Straftaten) sowie eine Prognose für die Zukunft, auch im Hinblick auf einen Vergleich zum Vorjahr, gebeten. Frau Bürgermeisterin Mohrs versichert hierzu, dass die Maßnahmen „Früchte tragen“ und der letzte massive Vorfall, der sich während der vorjährigen Kirmes in Rübenach ereignete. An diesem waren ausschließlich Erwachsene beteiligt. Die Jugendlichen vor Ort werden derzeit von Jugendsozialarbeitern betreut, hierdurch zeichnet sich eine deutliche Besserung der Situation ab. Überdies wird die hohe Präsenz der Vollzugskräfte weiterhin aufrechterhalten.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stützen sich durch die positive Entwicklung in Rübenach auf die Frage, ob andere Bereiche der Stadt ebenso von einem erhöhten Handlungsbedarf betroffen sind und ob diese durch die Einsatzkräfte frequentiert werden. Dieser begegnet die Bürgermeisterin mit der Verneinung der akuten Betroffenheit anderer Stadtteile und der Prognose, dass die mobile Jugendarbeit immer weiter ausgebaut wird und ein schnelles Handeln aus der jetzt aufgestellten Verbundstrategie möglich sei.

Da es keine weiteren Wortmeldungen gibt, wird der Tagesordnungspunkt geschlossen.

<b>Punkt 2:</b>	<b>Bericht</b>	<b>über</b>	<b>das</b>	<b>Integrationskonzept</b>
	<b>Vorlage: UV/0050/2024</b>			

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

### **Beschluss:**

Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

### **Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und informiert zunächst darüber, dass das Integrationskonzept erstmalig 2007 erarbeitet wurde. Es wurde 2022 aktualisiert und im Stadtrat einstimmig beschlossen.

Frau Weinowski-Rausch berichtet, dass das Ehrenamt zwar auf großes Interesse stoße und grundsätzlich eine große Bereitschaft dazu bestünde, jedoch werden zur Umsetzung Ehrenamtskoordinierende benötigt. Diese sollen die ehrenamtlich Engagierten stetig motivieren und unterstützen und bei Ihrer Tätigkeit immer mit „Rat und Tat“ zur Seite stehen. Diese Stelle soll vor allem zentraler Ansprechpartner für Aktive, aber auch für die Akquise neuer interessierter Personen sein. Ebenso organisiert diese Person Schulungen und vernetzt die Ehrenamtlichen untereinander. Frau Bürgermeisterin Mohrs betont, dass die Stelle eines Ehrenamtskoordinierenden im Stellenplan 2025 integriert wird. Diese Stelle wird seitens des Beirats für Migration und Integration beantragt. Weiterhin informiert Frau Bürgermeisterin Mohrs darüber, dass der Aufbau der Containeranlage am Standort „Rauental“ in KW 11 begonnen wurde.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 3:</b>	<b>Indienststellung der Facheinheit Führungsunterstützung bei der freiwilligen Feuerwehr</b> <b>Vorlage: UV/0319/2023</b>
-----------------	--

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:**

Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 hat den Bericht ohne weitere Ergänzungen zur Kenntnis genommen.

**Protokoll:**

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes übergibt Frau Bürgermeisterin Mohrs das Wort an Herrn Maxeiner.

Herr Maxeiner berichtet, dass die Feuerwehr der Stadt Koblenz 2023 eine Drohne als Sachspende des Landesfeuerwehrverbandes RLP erhalten hat. Diese steht nun für die Gefahrenabwehr zur Verfügung. Die Drohne sowie die persönliche Schutzkleidung lagern in der Wache 3. Insgesamt 18 Feuerwehrkräfte bilden nun die Facheinheit „Führungsunterstützung“, von denen 16 Einsatzkräfte geschult sind die Drohne zu führen. Die Mitglieder der Einheit rekrutieren sich aus den bisherigen Einheiten (Doppelmitgliedschaft).

Der kommissarische Einheitsführer der Facheinheit „Führungsunterstützung“ sowie dessen kommissarischer Stellvertreter wurden bereits gewählt und vereidigt.

AM Thieltges fragt nach, ob die Stadt demnach auf alle allgemeinen Katastrophenfälle vorbereitet sei. Frau Bürgermeisterin Mohrs beantwortet dies mit dem Einwand, dass man aufgrund deren Unvorhersehbarkeit nie auf alle Arten von Katastrophen vorbereitet sein könne, das Amt 37 jedoch für eine Vielzahl von Szenarien gerüstet und dementsprechend gut aufgestellt sei.

Dieser Aussage stimmt Herr Maxeiner mit der Ausführung darüber, dass sowohl die technische Einsatzleitung sowie der Verwaltungsstab immer in einem engen Austausch stehen und viele Szenarien im Rahmen der Pandemie erprobt wurden, nochmals zu. Herr Thieltges korrigiert seine Frage dahingehend, ob die Stadt auf einen Katastrophenfall, wie er beispielsweise im Ahrtal passiert ist, gut vorbereitet sei. Frau Bürgermeisterin Mohrs führt an, dass die Stadt Koblenz auf einen Katastrophenfall, wie er an der Ahr passiert ist, so gut wie möglich, vorbereitet sei. Sowohl die technische Einsatzleitung, als auch der Oberbürgermeister und die Bürgermeisterin wurden an einer Akademie dazu geschult.

RM Wilhelm erkundigt sich um welche Drohne es sich speziell handelt. Herr Maxeiner erklärt, dass die Drohne 70 cm groß sei. Diese könne das Bild live übertragen und wird z.B. auch zur Personensuche eingesetzt, ebenfalls seien damit Nachtflüge möglich.

Zu Übungszwecken werden am 13. April 2024 mehrere Szenarien durchgeführt.

Nachdem es daraufhin keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 4:</b> <b>Ausbau des Sirenenwarnnetzes im Stadtgebiet Koblenz mit Fördermittel des Landes</b> <b>Vorlage: UV/0006/2024</b>
--

abschließend    ungeändert    geändert    ohne Beschlussempfehlung    beschlossen  
 weitergeleitet    z. Kenntnis genommen    abgesetzt    verwiesen    vertagt    abgelehnt  
 einstimmig    mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:**

Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

**Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs übergibt das Wort an Herrn Maxeiner, welcher umfassend über die Unterrichtungsvorlage und die damit zusammenhängende Beantragung der Fördermittel berichtet. Da 2023 noch Fördergelder übrig waren, die vom Bund zur Investierung ausgerufen wurden, war es der Feuerwehr Koblenz möglich, mit dem Ausbau früher als geplant fortzuführen.

RM Altmaier fragt nach, wie hoch die Förderung von Dezember war und wieviel bisher ausgegeben wurde. Frau Bürgermeisterin Mohrs teilt mit, dass sich die Förderung auf 380.000€ belief. Herr Maxeiner teilt mit, dass bisher ca. 1,12 Millionen Euro investiert wurden.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen zur Unterrichtung gab, wird der Tagesordnungspunkt durch Frau Bürgermeisterin Mohrs geschlossen.

<b>Punkt 5:</b> <b>Unterrichtung über die Analyse der Einsatzdaten der Feuerwehr Koblenz aus dem Jahr 2023</b> <b>Vorlage: UV/0032/2024</b>
--

abschließend    ungeändert    geändert    ohne Beschlussempfehlung    beschlossen  
 weitergeleitet    z. Kenntnis genommen    abgesetzt    verwiesen    vertagt    abgelehnt  
 einstimmig    mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:** Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 hat den Bericht zur Kenntnis genommen.

**Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herr Maxeiner.

Herr Maxeiner berichtet, dass im Jahr 2023 grundsätzlich ein Anstieg des Gesamteinsatzaufkommens zu beobachten war. Weiterhin lässt sich seit 2018 eine steigende Beteiligung der Freiwilligen Feuerwehren bei Einsätzen erkennen. Die vorgeschriebene Einsatzgrundzeit von 10 Minuten wird

durch die in 2023 abgeschlossene strategische Neuausrichtung nun durch die Feuerwehr eingehalten bzw. deutlich unterboten. Dazu beigetragen hat auch das Mehr-Wachen-Konzept, welches um die Wache 3 im Oktober 2023 erweitert wurde. Weiterhin führt Herr Maxeiner an, dass die Einsätze, welche mit Blaulichteinsatz (Zeitkritische Ereignisse) erfolgen, jährlich ansteigen.

RM Wilhelm erkundigt sich, wofür die Abkürzung „BWS“ in der Anlage unter „3.) Einsatzarten“ steht. Herr Maxeiner erklärt daraufhin, dass es sich um die Abkürzung für „Brandsicherheitswache“ handelt. Des Weiteren stellt RM Wilhelm fest, dass seit 2021 ein stetiger Anstieg der Einsätze zu verzeichnen sei. Vor allem in den Monaten Juli, August und Oktober sei ein hohes Aufkommen zu beobachten. Er fragt nach, welche Einsatzarten hier am häufigsten vorkommen. Außerdem bittet er um Mitteilung, ob es im Oktober häufiger zu Hochwassereinsätzen kommt und ob es im Juli und August vermehrt Wald- und Flächenbrände gibt.

Herr Maxeiner antwortet, dass es im Mai und Juni auf Grund von Starkregen häufig zu Einsätzen komme, diese Zeit sei auch als Unwetterphase bekannt. Von Waldbränden sei Koblenz glücklicherweise bislang nicht betroffen. Abschließend möchte RM Wilhelm wissen, ob sog. Hitzesommer oder auch Feuerwerke vermehrte Einsätze verursachen. Diesbezüglich teilt Herr Maxeiner mit, dass diese zwei Faktoren keine vermehrten Einsätze verursachen.

Auf Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, ob es möglich wäre darzustellen, wie schnell die Wache 2 die rechte Rheinseite erreicht, erklärt Herr Maxeiner, dass die rechte Rheinseite nicht komplett durch die Wache 2 bedient werde. Auch hier liegen die Einsatzzeiten immer deutlich unter zehn Minuten, dazu beigetragen hat auch die neue Wache 3, welche nun vorrangig das Gewerbegebiet und das Stadtgebiet links von Rhein und Mosel bedient.

Auf Rückfrage der CDU-Fraktion weshalb die Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehren sinkend seien, teilt Herr Maxeiner mit, dass die Einsatzstärke in der Alarm- und Ausrückordnung festgelegt sei. Die signifikante Änderung der Einsatzzahlen der Freiwilligen Feuerwehren ist die Folge der vorgenommenen Anpassung der Alarm- und Ausrückordnung, welche auch auf die Zustimmung der Einheiten der Freiwilligen Feuerwehr trifft.

RM Schupp fragt aufgrund des immer höher werdenden Verkehrsaufkommens und der damit verbundenen längeren Anfahrtszeiten der Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr zur Wache an, ob es nicht möglich wäre die privaten Fahrzeuge dieser Personen mit Blaulicht auszustatten, damit die Ankunftszeit an der Wache bzw. dem Einsatzort verkürzt werden kann. Frau Bürgermeisterin Mohrs erklärt, dass es einer bestimmten Schulung bedarf, um das Sonderrecht des Blaulichtes nutzen zu dürfen. Zudem sei die Berufsfeuerwehr in 98% der Fälle als Erstes am Einsatzort, sodass frühzeitig Maßnahmen ergriffen werden können. RM Schupp widerspricht Frau Bürgermeisterin Mohrs. Er traut den freiwilligen Feuerwehrkräften den vernünftigen Umgang mit dem Blaulicht zu, da diese ohnehin im Feuerwehreinsatz mit Blaulicht fahren würden und somit Erfahrung hätten. Frau Bürgermeisterin Mohrs betont, dass nur einige wenige Feuerwehrkräfte eine Schulung zum Führen des Feuerwehrfahrzeuges haben und somit auch nur eine kleine Gruppe der Einsatzkräfte mit Sondersignalen fahren dürfen.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Einwände gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 6: Antrag der CDU-Ratsfraktion: Änderung der Marktsatzung Vorlage: AT/0093/2023</b>
--

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:** Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 erklärt die Angelegenheit aufgrund der Rücknahme des Antrages durch die antragsstellende Fraktion und in Kenntnisnahme der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

### **Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt mit dem Hinweis auf die Relevanz des verwiesenen Antrags in den Sitzungsunterlagen.

Zum Änderungsvorschlag der CDU-Fraktion:

Die CDU-Fraktion bezieht sich auf den Teil der Stellungnahme der Verwaltung, in welchem auf folgenden Änderungsvorschlag für §26 Abs.3 der Marktsatzung Bezug genommen wird:

*„Gehen mehr Bewerbungen ein als Standplätze der jeweiligen Art vorhanden sind, werden bei Gleichwertigkeit der Attraktivität - aus ökologischen und ökonomischen Gründen - lokale Anbieter bevorzugt. Ansonsten entscheidet bei Gleichwertigkeit der Attraktivität die Reihenfolge des Eingangs der Bewerbungen, bei gleichzeitigem Eingang das Losverfahren.“*

In Ihrer Stellungnahme weißt die Verwaltung insbesondere darauf hin:

*„Damit würde diese Privilegierung der örtlichen Schaustellenden den Grundsatz der Gleichheit und der Markt- und Wettbewerbsfreiheit verletzen.“*

Da die CDU-Fraktion aufgrund eigener Recherchen zu einem anderen Ergebnis kommt, bittet diese um Mitteilung, ob die vorgeschlagene Änderung des Absatzes 3 tatsächlich zu einer Rechtswidrigkeit der Marktsatzung führt.

Sofern es sich nicht nur um eine rechtliche Einschätzung oder Würdigung, sondern um eine rechtssichere Aussage der Verwaltung handelt, wird die CDU-Fraktion in Konsequenz der dargelegten Rechtswidrigkeit der Marktsatzung den Antrag zurücknehmen.

Seitens der Verwaltung wird darauf hingewiesen, dass die Stellungnahme mit dem Rechtsamt abgestimmt sei und ein Beschluss, mit dem genannten Änderungswunsch, rechtswidrig wäre. Denn als gewidmete kommunale Einrichtungen haben auch auswärtige Schaustellende Zulassungsanspruch. Nur das Prioritätssystem, das auswärtige und lokale Bewerber gleichermaßen berücksichtigt, wird diesem Anspruch gerecht.

Aufgrund der Stellungnahme der Verwaltung, nimmt die CDU-Fraktion den Antrag zurück.

Zu den Änderungsvorschlägen der WGS-Fraktion:

RM Schupp teilt mit, dass der Aspekt „Standbetreiber sollten nicht für die Sanierung der Örtlichkeit zuständig sein“ seitens der Verwaltung scheinbar missverstanden wurde. Er führt dazu nochmal aus, dass hier nur Schäden gemeint seien, die bereits vor Beginn der Veranstaltung auf der Standfläche bestanden. Diesbezüglich führt Frau Bürgermeisterin Mohrs aus, dass vor der Veranstaltung die Veranstaltungsfläche abgenommen werde. Herr Schmitt ergänzt hierzu, dass etwaige Schäden vor

Veranstaltungsbeginn grundsätzlich gemeinsam mit dem Veranstalter begutachtet, dokumentiert und deren Behebung koordiniert werde. Abschließend teilt Frau Bürgermeisterin Mohrs mit, dass kein Veranstalter aufgefordert werde, vor Veranstaltungsbeginn bestehende Schäden an öffentlichen Flächen instand zu setzen. Die Behebung der Schäden werde im engen Schulterschluss mit dem EB 70 koordiniert.

Ebenfalls der Punkt: „Anmeldungen sollten für mehrere Jahre im Sinne der Entbürokratisierung möglich sein (§ 26Abs.1), insbesondere da viele Veranstaltungen an einem festen Wochenende stattfinden.“ scheint aus Sicht der WGS- Fraktion falsch verstanden worden zu sein. RM Schupp konkretisiert, dass hiermit lediglich auf Events Bezug genommen werde, die immer zur gleichen Zeit stattfinden (z.B. Blütenfest).

Hierauf Bezug nehmend erklärt Frau Bürgermeisterin Mohrs, dass die mit dem Antrag einzureichenden Aufbaupläne immer aktuell und detailliert sein müssen. Die gewünschte standardisierte, allgemeingültige Genehmigung ist daher nicht umsetzbar.

Eine Überarbeitung der Marktsatzung wird perspektivisch für 2025/2026 in Aussicht gestellt, wobei dies aber in einer Wechselbeziehung zu einer Änderung des Landesgesetzes über Messen, Ausstellungen und Märkte (LMAMG) gesehen wird.

Da es keine weiteren Fragen oder Anmerkungen gibt und die CDU-Fraktion den Antrag zurückgenommen hat, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 7: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Vortrag Integrierten Leitstelle Vorlage: AT/0126/2023</b>
---

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:** Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 erklärt den Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

#### **Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und verweist zeitgleich darauf, dass der Vortrag über die integrierte Leitstelle in der nächsten Fachausschusssitzung präsentiert wird. RM Altmaier der Freien Wähler ist hiermit einverstanden.

Der Tagesordnungspunkt wird ohne weitere Rückfragen oder Anregungen geschlossen.

<b>Punkt 8: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Taxi- und Funkmietwagen in Koblenz Vorlage: AT/0018/2024</b>
--

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:** Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 erklärt den Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

#### **Protokoll:**

Nach Eröffnung des Tagesordnungspunktes durch Frau Bürgermeisterin Mohrs bittet RM Altmaier um Mitteilung, wie kontrolliert werde und ob sich die Unternehmenden an die Vorgaben des Personenbeförderungsgesetzes halten. Ihm wurde zugetragen, dass ein reger Wettbewerb zwischen den Funkmietwagenbetreibern stattfinde. Weiterhin stellt er in Frage, ob sich ein Funkmietwagen an einen offiziell dafür vorgesehenen Taxistand stellen dürfe.

Herr Schiller führt dazu an, dass alle Fahrzeuge eine Ordnungsnummer besitzen und dass diese im Fahrzeug deutlich sichtbar hinterlegt werden müsse. Bevor die Betreiber eine Ordnungsnummer erhalten, werden diese überprüft. Sollten der Verwaltung Hinweise dazu eingehen, dass Funkmietwagenbetreiber sich nicht an die Vorschriften halten, werde dies ebenfalls überprüft. Der Funkmietwagen darf sich nicht an den Taxistand stellen, er muss immer zu seinem Betriebsitz zurückkehren. RM Altmaier fragt weiter, ob der KVD die Einhaltung der Vorschriften kontrollieren dürfe. Er gibt an, dass andere Städte dies machen würden. Weiterhin fragt er, ob die Fahrzeuge in Koblenz zugelassen werden müssen. Herr Schiller ergänzt hierzu, dass der Unternehmenssitz in Koblenz sein muss und die Fahrzeuge entsprechend zuzulassen sind. RM Altmaier möchte noch wissen, ob die Anzahl der Taxis bzw. der Funkmietwagen begrenzt sei. Herr Schiller gibt an, dass die Anzahl der Taxis beschränkt sei. Es stehen aber genügend Personen auf einer Warteliste, welche automatisch nachrücken, sobald ein Platz frei wird. RM Altmaier führt an, dass Funkmietwagen immer wieder in der Burgstraße warten. Seiner Auffassung nach bieten diese sich somit nicht nur explizit für Fahrten an, sondern vereinnahmen dadurch auch etwaige Parkmöglichkeiten. Er ist der Meinung, diese müssten auf einem separaten Grundstück warten bzw. parken. Er bittet hier um stärkere Kontrollen. Herr Schiller teilt mit, dass er dies mit in die nächste interne Beratung aufnehme und prüfen werde inwieweit dies kontrolliert werden kann. Frau Bürgermeisterin Mohrs schlägt eine gemeinsame Überprüfungsaktion durch Polizei und Ordnungsamt vor.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 9: Antrag FREIE WÄHLER Ratsfraktion: Ausländerbehörde Koblenz Vorlage: AT/0019/2024</b>
--

abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen

weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt

einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:** Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 erklärt den Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

#### **Protokoll:**

Der Tagesordnungspunkt wird durch Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet und sie erteilt das Wort unmittelbar an Frau Weinowski-Rausch, welche umfassend informiert.

RM Altmaier bezieht sich zunächst auf aktuelle Beschlüsse der Bundesregierung und bittet um Ausführung. Frau Weinowski-Rausch erläutert dazu, dass die aktuell rechtliche Entwicklung die Mitarbeitenden vor große Herausforderungen stelle. Es war daher dringend erforderlich, dass die Ausländerbehörde sich weiter spezialisiert. Rückführungen seien aufgrund unterschiedlichster Hürden, trotz des Rückführungsleichterungsgesetzes, weiterhin schwierig.

Der Ausschuss bedankt sich für die Arbeit der Ausländerbehörde. Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 10:</b>	<b>Antrag</b>	<b>FREIE</b>	<b>WÄHLER</b>	<b>Ratsfraktion:</b>	<b>Sachstandsbericht</b>
	<b>Asylbewerberheim</b>				<b>Rheinanlagen</b>
	<b>Vorlage: AT/0020/2024</b>				

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:** Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 erklärt den Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

#### **Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert, dass das genannte Gebäude, welches als Unterkunft für geflüchtete Menschen vorgesehen ist, zunächst noch saniert werden muss. Die Kosten dafür werden allerdings vom Bund getragen. In dem Gebäude werden ab 2026 Büros der Ausländerbehörde sowie Wohnungen für ca. 70-90 Personen Platz finden.

Obwohl der Bund der Stadt Koblenz zwar kein anderes Gebäude anbieten konnte, begrüßt RM Altmaier das Angebot. Frau Bürgermeisterin Mohrs bestätigt, dass die Stadt dringend Wohnraum für geflüchtete Menschen benötige und dieses Angebot deshalb angenommen habe. RM Schupp führt an, in der Zeitung gelesen zu haben, dass derzeit 300 Wohnungen der Bundesanstalt für Immobilienaufgaben saniert werden. Er stellt in Frage, warum diese nicht für geflüchtete Menschen zur Verfügung gestellt würden. Frau Bürgermeisterin Mohrs betont, dass derzeit schon über 60 Wohnungen der BIMA genutzt werden. Außerdem stehe die Stadt im regelmäßigen Austausch mit der BIMA.

Die FDP-Fraktion bittet die Verwaltung die BIMA aufzufordern, weitere Gebäude zur Verfügung zu stellen. Frau Bürgermeisterin Mohrs verweist die FDP-Fraktion diesbezüglich auf die erforderliche Antragsstellung im Stadtrat.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

<b>Punkt 11:</b>	<b>Antrag</b>	<b>FREIE</b>	<b>WÄHLER</b>	<b>Ratsfraktion:</b>	<b>Bericht zu Wahlvorbereitungen</b>
	<b>Vorlage: AT/0023/2024</b>				

- abschließend  ungeändert  geändert  ohne Beschlussempfehlung  beschlossen  
 weitergeleitet  z. Kenntnis genommen  abgesetzt  verwiesen  vertagt  abgelehnt  
 einstimmig  mehrheitlich mit \_\_\_\_\_ Enthaltungen und \_\_\_\_\_ Gegenstimmen

**Beschluss:**

Der Fachausschuss der Ämter 31 und 37 erklärt den Antrag in Kenntnis der Stellungnahme der Verwaltung als erledigt.

**Protokoll:**

Frau Bürgermeisterin Mohrs eröffnet den Tagesordnungspunkt und übergibt das Wort an Herrn Hehl. Dieser informiert kurz über den Umzug in die Ferdinand-Sauerbruch-Straße und erläutert die aktuellen Wahlvorbereitung mit dem Stand 88 Tage vor der Wahl. Darüber hinaus erklärt Herr Hehl, dass die Wahlvorbereitung stufenweise ablaufen werde und sich im Wesentlichen nach dem Wahlkalender sowie den Vorgaben des Landeswahlleiters gerichtet werde. Derzeit wird sich mit dem Thema „Wahlhelfer“ befasst. Bislang konnte bereits rund die Hälfte der benötigten Wahlhelfer gewonnen werden. Zur Förderung der Attraktivität der Aufgabe der Wahlhelfenden wurden die Erfrischungsgelder sowie das Zeitguthaben angehoben. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen stellt eine Rückfrage zum Thema „Barrierefreiheit“ in den Wahllokalen. Herr Hehl kann dies mit der positiven Nachricht beantworten, dass in diesem Jahr lediglich das Wahllokal in Bubenheim nicht barrierefrei zu erreichen sei. Alle anderen Wahllokale sind jedoch barrierefrei zugänglich. Langfristig erhofft sich Herr Hehl durch den Neubau der KiTa in Bubenheim ebenfalls eine barrierefreie Alternative. Auf den Hinweis des RM Altmaier zum Thema „Wahlbeteiligung“ betont Frau Bürgermeisterin Mohrs, dass sowohl Herr Oberbürgermeister Langner als auch sie keine Möglichkeit verstreichen lassen, um die Wichtigkeit der Wahl herauszustellen.

Nachdem es keine weiteren Fragen oder Anregungen gibt, schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs den Tagesordnungspunkt.

**Punkt 12:      Verschiedenes**

Unter dem Tagesordnungspunkt „Verschiedenes“ gibt es keine Anmerkungen. Daher schließt Frau Bürgermeisterin Mohrs die Sitzung um 19:50 Uhr.



Ulrike Mohrs  
Bürgermeisterin



Elena Lothschütz  
Protokoll

